

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schreibleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteil 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 R., unter Eingangs 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und präsesepischen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 221

Donnerstag, 22. September

1921

Vom Landtage.

Dresden, 21. September. Der Sonderauschuß des Landtages zur Beratung der Regierungsvorlagen über die Grund- und Gewerbesteuer ist gestern vormittag zusammen. Nach längerer Aussprache wurden die Regierungsvorlagen mit einigen Abänderungen mit den Stimmen der Linksparteien angenommen. Die Kommunisten, die früher gegen die Vorlagen waren, hatten gestern in einer längeren Fraktionsrede ihre grundsätzliche ablehnende Haltung aufgegeben, wodurch die Linksparteien die Mehrheit erhielten.

Die nächste Plenarsitzung findet nächsten Dienstag, den 27. September 1921, nachmittags 1 Uhr, statt mit folgender Tagesordnung:

1. Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 50, den Entwurf eines Grundsteuergesetzes betr. sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben.
2. Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 52, den Entwurf eines Gewerbesteuerergänzungsgesetzes betr. sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben.
3. Dritte Beratung über die Vorlage Nr. 62, den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Volksschulden zwischen Staat und Schulgemeinden in den Rechnungsjahren 1920 und 1921.
4. Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 14, den Entwurf eines Gesetzes über die Befreiung der wirtschaftlichen Vertretungen der Gemeinden betr., sowie über die hierzu vorliegende Eingabe.

Was geht in der Landespolizei vor?

(N.) Unter dieser Überschrift wird in der Leipziger „Abendpost“ vom 14. September in einem Einleitungsbeitrag, ein dem Minister der Inneren sehr nahestehender Hauptmann der Landespolizei habe im Mai gekündigt, es sei jedoch die Kündigung nicht bestätigt worden; der Hauptmann beziehe nach wie vor seinen Gehalt weiter und außerdem Gehaltszuschüsse als früherer Preverangehöriger und der Minister verführe, „mit allen Mitteln den Hauptmann wieder zurückzuholen“. Dazu läßt der Minister des Inneren durch die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei beruhigend folgendes mitteilen:

Die Behauptung, daß die Kündigung des Offiziers nicht bestätigt worden sei, weil der Minister dem Hauptmann nahestehe, ist ebenso unrichtig wie die, daß der Minister verführe, den Hauptmann mit allen Mitteln zurückzuholen. Wahr ist im Gegenteil, daß der Hauptmann seinerzeit mit der Begründung gekündigt hat, daß er ungenügend behandelt worden sei. Seine Beschwerden wurden außerdem vom Landesverband sächsischer Polizeibeamten unterstützt. Daraufhin hat der Minister eine Untersuchung dieser Verhältnisse durch einen Regierungsbeamten und Landeskommissar angeordnet, die nur deshalb sich verzögert hat, weil der Hauptmann auswärts weilte. Nach Abschluß der Untersuchung ist sofort eine Weiterbeschäftigung des Hauptmanns an einem anderen Standort angeordnet worden. Die Verfügung wurde von der Landespolizeibehörde jedoch nicht ausgeführt. Die Einkünfte dieses Beamten konnten erst jetzt nach der Rückkehr des Ministers aus den Ferien geprüft und mühen verworfen werden, so daß es mit der ersten Verfügung sein Bewenden hat. Da dem Minister außerdem der Offizier bisher völlig unbekannt war, kann keine Rede davon sein, daß er ihm „sehr nahesteht“ und daß davon die Verfügung des Ministers beeinflusst sein könnte. Die Behauptungen des Leipziger Blattes fallen damit in sich zusammen.

England und Frankreich und die Sanktionen.

London, 20. September. (Reuter.) Dem Betrachter nach scheinen die die Sanktionen und die Auslegung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung sehr befriedigend fort. Der französische Botschafter sprach heute nachmittags im Auswärtigen Amt vor und erörterte die Frage mit dem sächsischen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Botschafter der Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage der Modalitäten tatsächlich dieselbe sei wie der französische Gesichtspunkt. Aus Einzelheiten seien noch zu erörtern.

Sachwerte und Reparationen.

Plan zur Kreditorganisation.

Berlin, 20. September. Der vom Reparationsauschuß des Reichswirtschaftsrates zur Beratung des Antrages Wilsel betreffend Heranziehung der Sachwerte für die Reparationen eingesetzte neungliedrige Arbeitsauschuß beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit dem Antrage der Industrie, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits Mittel zur Erfüllung seiner auswärtigen Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. In erster Lesung wurde ein vom Referenten Dr. Wachendurg ausgearbeiteter Plan zur Kreditorganisation gutgeheißen, der eine Zusammenfassung der Gewerbe, der Landwirtschaft und der Angliederung an die Versicherungsgesellschaften vorsieht. Als Kreditgrundlage ist eine Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber den Gesamtorganisationen gedacht und eine Haftung für bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied für einen Ausfall innerhalb dieser Gruppe. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beträge, welche sie für die Amortisation mit Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkte ab dem Reiche zu verrechnen.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 20. September. Reuter erfährt, daß die japanische Regierung wie die übrigen Alliierten aus Washington eine kurze Note erhalten haben, welche die großen Prinzipien und die hauptsächlichsten Bestimmungen des Programm-entwurfes für die Washingtoner Abrüstungskonferenz enthält. Es sei möglich, daß die japanische Antwort genauere Einzelheiten verlangen werde.

London, 20. September. Wie aus Washington gemeldet wird, wurde im Weißen Hause mitgeteilt, daß Präsident Harding den deutschen

Friedensvertrag zusammen mit einer kurzen Mitteilung morgen an den Senat gehen lassen werde.

Die irische Frage.

London, 20. September. „Daily Chronicle“ nennt das letzte Schreiben des Valera an Lloyd George ein enttäuschendes Dokument. Es behelze erstens Grund zur Befürchtung, daß die von England so sehr gewünschte Konferenz nicht stattfinden könne.

London, 20. September. Es wird erwartet, daß Lloyd George seine Antwort an die Valera ausschieben wird, bis er sich mit den Ministern beraten hat, die sich am Donnerstag nach Genf begeben werden.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Konstantinopel, 20. September. Mustafa Kemal erhielt einen Aufruf an die Nation, in dem er erklärt, daß die griechische Armee, welche die nationalistischen Streitkräfte habe vernichten und Ankara habe besetzen wollen, mit Hilfe des Allmächtigen geschlagen und über den Salatia zurückgeworfen worden sei. Die heldenhafte türkische Armee setze die Verfolgung des Feindes fort. Der einzige Wunsch sei, das Dasein der Türken zu sichern und die Unabhängigkeit durchzuführen. Die ganze Welt werde schließlich dem türkischen Volke dieses Recht zuerkennen, das innerhalb seiner nationalen Grenzen zu leben wünsche. Der Aufruf schließt: Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis diese Ziele völlig erreicht sind.

Köln, 20. September. Das Pressebureau tritt den Nachrichten entgegen, wonach die griechische Regierung zur Herbeiführung einer Vermittlung der Mächte Schritte zur Regelung der griechisch-türkischen Streitfrage unternommen habe.

Großes Explosionsunglück.

Wannheim, 21. September. In der dahlischen Kalkfabrik in Oppenau, wo die besonders gefährlichen Stoffsverbinder hergestellt werden, ereignete heute morgen gegen 1/8 Uhr kurz hintereinander zwei außerordentlich heftige Explosionen, verbunden mit einer gewaltigen Erderschütterung, die weit in der Umgebung verspürt wurde. Der Sachschaden ist ungeheuer. Die Zahl der Toten und Verwundeten soll in die Hunderte gehen.

Spannung in München.

München, 21. September. Gestern wurden in München Flugblätter aufreizenden Inhalts verbreitet. Hauptsächlich richteten sie sich gegen die Juden und Sozialdemokraten. Am Abend durchführten Straßengewalt die Stadt, von denen Flugblätter mit der Aufforderung „Weg mit den Parteibanden und den Ministerpräsidenten“ geworfen wurden. Immer mehr macht sich eine Überhitzung der Geister bemerkbar, aus der herausrohrende Stellen sich veranlaßt gesehen haben, Dr. v. Kahr, von dem man einen beruhigenden Einfluß auf gewisse Kreise erhoffte, um seine Rückkehr nach München zu bitten. Dieser wird bereits heute abend aus Verstecktagen in München zurück erwartet.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

London, 21. September. „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Bericht aus Washington zufolge entwickelt sich im amerikanischen Senat eine Opposition gegen den amerikanischen Friedensvertrag mit Deutschland. Es sei zwar unwahrscheinlich, daß die republikanischen Senatoren nicht in der Lage wären, die notwendigen Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen. Jedoch würde eine ausgedehnte Debatte über alle Fragen der internationalen Politik stattfinden, welche die Ratifizierung des Friedensvertrages, es beträchtlich verzögern würde. Die republikanischen Unversöhnlichen sollen sich dem Vertrage mit der Begründung widersetzen, daß er die Vereinigten Staaten von Amerika in die europäischen

Streitigkeiten hineinziehen würde. Andererseits hätte die Demokraten die Absicht, den Friedensvertrag zu bekämpfen, weil er die Vereinigten Staaten zu wenig zur Teilnahme an europäischen Angelegenheiten verpflichte und weil ein Sonderfriede mit Deutschland entstehend sei.

Die Sammlungen für Rußland.

Berlin, 21. September. Nach den Reibungen, die ein großer Teil der gewerkschaftlichen Landeszentralen bisher dem internationalen Gewerkschaftsbund über das Ergebnis der Sammlungen für das notleidende Rußland gemacht hat, haben dem internationalen Gewerkschaftsbund bisher etwa 9 1/2 Mill. M. zur Verfügung. Dieser Betrag dürfte aber nur die Hälfte der bisher gesammelten Gelder darstellen, da zurzeit eine große Zahl von Ländern noch nicht beizugehen hat. Um den Ankauf von Reduktionsmaterialien, den Transport nach Rußland zu organisieren und eine wirksame Kontrolle der Verteilung sicherzustellen, wird einer der beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsbundes Timmen, nach Berlin kommen.

Die Japfrage.

London, 20. September. Die „Daily Mail“ meldet, haben die amerikanischen und die japanische Regierung ein vorläufiges Abkommen beschlossen, wonach Japan im Besitze der Insel Jap bleibt, die Vereinigten Staaten von Amerika aber für ihre Adelsbedürfnisse Zugang zur Insel haben sollen.

Die Kämpfe in Warokto.

Paris, 21. September. Wie der „Matin“ meldet, sind nach amtlichen Informationen zwei harte japanische Abteilungen aus Melilla, die am 16. d. M. die Stadt verließen, um die Infanterie von den Höhen nördlich und südlich Caraga zu vertreiben, nicht an ihr Ziel gelangt. Sie mußten mit schweren Verlusten wieder nach Melilla zurückkehren. Außerdem ist das Artilleriefeuer der Amerikaner intensiver geworden. Melilla wird bombardiert. Die Granaten, die in das Innere der Stadt fielen, haben Opfer unter der Bevölkerung gefordert.

Die Sanktionen.

Raum ein einziger diplomatischer Akt auf Seiten der Verbandsmächte vollzieht sich seit einer Reihe von Monaten, ohne daß die Welt vorher durch die besondere Art der Veröffentlichung von beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten erfährt, die dem gemeinsamen Schicksal der Verbände vorausgegangen sind. Auch die bevorstehende Aufhebung der Sanktionen, die, wenn nicht alle Anzeichen trügen, nunmehr beschlossen zu sein scheint, ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen Frankreich und England, bei welchen letzteres wiederum seinen ganzen Einfluß zugunsten einer Deutschland entgegenkommenden Regelung aufgegeben zu haben scheint. Frankreich vertritt den Standpunkt, daß die rheinische Zollgrenze solange nicht aufgehoben werden dürfe, bis sich Deutschland nicht bedingungslos der Kontrolle seiner Ein- und Ausfuhr unterworfen habe. In Wirklichkeit kam es Frankreich natürlich auf etwas ganz anderes an, denn Deutschland hatte, was auch immer die französische Presse entsprechend den ihr erteilten offiziellen Informationen behaupten mag, die vom Obersten Rat geforderten Kontrollkommissionen der Ein- und Ausfuhr durchaus nicht grundsätzlich abgelehnt. Frankreich wünschte aber für die neuerrichtete Ein- und Ausfuhrkontrolle ein vollkommenes Vetorecht gegen Deutschland, während die Engländer nicht in der Lage waren, dieser Kommission beratige Nachbefugnisse zuzusprechen, sondern vielmehr die Aufhebung aller Streitigkeiten dem Obersten Rate im Wege normaler diplomatischer Verhandlungen mit Deutschland vorzubehalten wünschte. Hier lag also der Streitpunkt zwischen der englischen und französischen Auffassung, und die Reuter-Erklärung, die jetzt veröffentlicht worden ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß England Frankreich in der Frage der Sanktionen keineswegs zustimme. In Paris hätte man die Dinge allerdings ganz anders beurteilt, hier tat man so, als ob England dem französischen Standpunkte in der Sanktionsfrage vollkommen zustimme. Ja, ein französisches Blatt, das „Journal“, behauptete sogar, der englische Botschafter in Berlin habe den Auftrag erhalten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß sie das in der letzten Note des Obersten Rates geforderte Verbandskontrollbureau der deutschen Ein- und Ausfuhrleistungen vorbehaltlos genehmigen müsse, wenn die Zollgrenze aufgehoben werden solle. Diese Meldung war, wie gesagt, irreführend und steht im Widerspruch zu der neuesten Javak-Note, die bereits auf den Rückzug der französischen Regierung vorbereitet und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß der Meinungsstreit durch die eingeleiteten Verhandlungen bald ausgeglichen würde, so daß die wirtschaftlichen Sanktionen in kurzer Zeit aufgehoben werden könnten.

Im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen ist es sehr bedauerlich, daß jedesmal das Nachgeben der französischen Regierung erst durch einen Druck von London erzwungen werden muß. Es hätte in Deutschland natürlich keinen besseren Eindruck machen können, als wenn Frankreich aus eigener Initiative die längst fällige Beendigung der wirtschaftlichen Sanktionen ins Werk gesetzt hätte. Aber die Beurteilung Deutschlands jenseits der Vogesen hat sich noch um nichts geändert. Das läßt sich deutlich auch an der Kampagne erkennen, die von der Pariser Presse zugunsten der Verlängerung der Besetzung des Rheinlandes geführt wird. Hier ist es besonders Poincaré, der in der Verlängerung der Rheinlandbesetzung die einzige Garantie für die volle Bezahlung der deutschen Schulden betrachtet, nachdem der englisch-amerikanisch-französische Garantievertrag nicht ins Leben getreten ist. Bekanntlich haben England und Amerika im Mai des Jahres erklärt, daß sie der Ansicht Poincarés, die Besetzung müsse bis zur Erfüllung sämtlicher deutschen Verpflichtungen aufrecht erhalten bleiben, nicht zustimmen könnten. England hatte ja von jeher seine Annahme des Garantievertrages von der Bedingung abhängig gemacht, daß auch die Vereinigten Staaten von Amerika den Vertrag ratifizierten. In diesem Zusammenhang kann man in Paris nichts deuteln und drehen. Andererseits glauben gewisse Leute in Frankreich darauf auf eine Erfolg Anspruch zu haben, der nach ihrer Meinung nur darin bestehen könnte, daß der französischen Regierung das Recht ge-

gefunden werde, bis zur Bezahlung der Schulden durch Deutschland am Rhein zu bleiben. Peinlich, daß die Bedankung mit großem Eifer im "Matin" erfolgt, wünscht, daß diese Frage auf der Washingtoner Konferenz erörtert werden müsse, da nur unter diesen Bedingungen Frankreich in der Lage sein werde, irgendwelchen Verbindungen hinsichtlich der allgemeinen Abklärung zuzustimmen.

1 : 16.

Das "Berliner Tageblatt" berichtet auf Grund der genauen Lebensmittelpreisstatistik erhöht sich die Kosten des Nahrungsmittelkaufes gegenüber der Friedenszeit von 1 auf 16.

Ausschluß Dr. Jahnbrechers aus der Bayerischen Volkspartei.

München, 21. September. Die Bayerische Volkspartei hat den Abgeordneten Dr. Jahnbrecher, Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes und unentwegter Anhänger v. Kahr's wegen groben Vertrauensbruchs aus der Partei ausgeschlossen. Jahnbrecher hatte gestern früh in der "Münchener Zeitung" starke Angriffe gegen die Partei gerichtet, Neuwahlen verlangt und die Rückberufung v. Kahr's gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Ausschüssen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Dr. v. Kahr übertragen werden.

Neue Verhaftung zum Fall Erzberger.

Frankfurt, 20. September. In der Reichs-Justizverwaltung wurde hier der Leutnant Wilhelm Stein festgenommen und der Staatsanwaltschaft Offenbach zugewiesen.

Die Tarifberatungen im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 20. September. Der "Deutsche" berichtet, daß die am Reichstagsvertrage beteiligten Verbände im Versicherungsgewerbe sich entschlossen haben, den Schiedsspruch vom 9. d. M. abzulehnen. Die Urabstimmung in den Betrieben ergab eine Mehrheit von weit über 90 Proz. für die Ablehnung. Das Reichsarbeitsministerium wurde um Einigungsverhandlungen ersucht.

Die Lohnforderungen der Buchdrucker.

Berlin, 20. September. Die gestern in Berlin begonnenen Tarifverhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker zur Festsetzung neuer Tarifbedingungen sind gescheitert.

Die Völkervereinigung.

Genf, 20. September. Die Völkervereinigung schloß heute in öffentlicher Sitzung die gestrige Aussprache über den polnisch-litauischen Streitfall vorläufig ab. Da eine Übereinstimmung zwischen den polnischen und litauischen Vertretern nicht erzielt werden konnte, nahm der Rat die Entschiedenheit Hyman's-Belgien an, wonach der Entwurf eines Abkommens von Hyman's vom Rat zur Annahme empfohlen werden soll. Außerdem soll Hyman's der Völkervereinigung den gegenwärtigen Stand der ganzen Angelegenheit darlegen, sobald sie zur Beilegung des Streitfalles beitragen kann.

Genf, 20. September. Die dritte Kommission (Abstimmung und Modifikation) begann heute die Debatte über den Bericht der vorläufigen gemischten Kommission für Abklärung der Streitigkeiten. Lord Robert Cecil verlangte eine umfassende

Propaganda gegen den Abklärungswahlkreis. Im übrigen äußerten sich die Kommissionsmitglieder sehr heftig über die Wirksamkeit der britischen Veröffentlichungen und das System der Umfragen bei den Regierungen. Nach Ansicht britischer Regierungen werden die Regierungen dem Völkervereinigung niemals Mitteilungen über ihre Abklärungen machen, da sie sie ihrem eigenen Volkem verheimlichen. Lord Robert Cecil wurde mit der Abklärung eines Berichtes über die Verhandlungen betraut.

Genf, 20. September. Die dritte Kommission des Völkervereinigung für politische Angelegenheiten berichtete heute über die Aufnahme Litauens. Die Aufnahme wurde gegen die Stimmen Polens und Rumaniens beschlossen.

Die militärische Verteidigung Tansigs.

Genf, 20. September. Der Präsident des Tansiger Senats Dr. Sabm hatte gestern, wie der Vertreter der "Daily Mail" erzählt, vor der hiesigen beratenden Militärkommission Gelegenheit, seine Ansichten über die militärische Verteidigung Tansigs darzulegen. Der Völkervereinigung habe bekanntlich diese Frage an die Militärkommission verwiesen. In der für Tansig aber aus wichtigen Eisenbahnfragen sind weitere Verhandlungen statt. Das die Frage des Anlegens eines Kanals betrifft, so sollen die einschlägigen Berichte Tansigs und Polens der Marinekommission übermittelt werden.

Rundgebung gegen das Deutsche Theater in Brünn.

Prag, 20. September. Wie das tschechoslowakische Pressebüro meldet, hat in Brünn eine Rundgebung gegen das Deutsche Theater stattgefunden. Nach der "Bohemia" war der Anlaß dazu die Jurisdiktion der dortigen Deutschen bei der Begründung des Präsidenten Rasatyf. Die Rundgebung richtete sich zuerst gegen einen deutschen Apotheker, der von der Polizei in einem Kraftwagen in Sicherheit gebracht wurde und abends gegen das Deutsche Theater, wo die Besetzung nach dem zweiten Akt abgebrochen werden mußte.

Rundgebungen vor der Börse in Wien.

Wien, 20. September. Gegen 12 Uhr mittags versammelten sich am Börsengebäude 2000 bis 3000 Personen, meist christlich-sozialer Gewerkschaftler, um die Räumung und Schließung der Börse zu verlangen. Die Sicherheitswache verbot die Demonstrationen. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich zur Polizeidirektion, wo ihr erklärt wurde, daß allen Angelegenheiten im Spekulantentum entgegengetreten werden würde. Gestern seien bereits 31 Winkelhändler verhaftet worden. Andererseits würden Vernehmungen wie der heutige Versuch, gewaltsam in die Börse einzudringen, im Auslande einen sehr bösen Eindruck machen. Die Abordnung beruhigte darauf die Volksmenge, radikalere Elemente wurden von der Polizei gesteuert.

Der Ausnahmestand des Bundes und Verlehrsangelegenheiten in Wien.

Wien, 20. September. Gestern Abend beschäftigte sich der Ministerrat mit den Forderungen der Bundes- und Verlehrsangelegenheiten. Während dieses Ministerrates lief die Nachricht ein, daß auf dem Süd- und Ostbahnhof der Streik ausgebrochen sei, worauf der Ministerrat den Beschluß faßte, solange der Ausnahmestand keine Abänderung an den bereits bewilligten Zusicherungen zu machen. Es wurde jedoch die Bereit-

willigkeit erklärt, nach Beendigung des von den einzelnen Gruppen inszenierten Streiks über die etwaige Notwendigkeit einer Erhöhung der geltend beschlossenen Anwendungen in Verhandlung zu treten.

Die Verschwörung in Konstantinopel.

London, 20. September. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Am letzten Freitag hat der französische Botschafter in London dem auswärtigen Amte offizielle Vorstellungen erhoben wegen des Beschlusses des Generals Darrington, die angeblichen Beweisdokumente in Konstantinopel zu verhaften. Der französische Botschafter erklärte, seine Regierung sei der Ansicht, daß der verhaftete Oberbefehlshaber kein Mandat überschritten habe, das rein militärisch sei.

Das englisch-russische Abkommen.

London, 20. September. Neuter verbreitet folgende Mitteilung: Seit Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens enthielt sich die britische Regierung loyal jeder feindseligen Handlung gegen die russische Regierung. Dagegen hat die Sowjetregierung ihren Forderungen der Unwahrscheinlichkeit und Feindseligkeit gegen die britische Regierung in ganz Mittelasien und Afghanistan verschärft. Die britische Regierung ist entschlossen, ein solches Vorgehen nicht zu dulden. Sie hat demgemäß nach Moskau eine in scharfen Worten abgefaßte Note gerichtet, in der sie die Aufmerksamkeit auf diesen Bruch des Vertrages lenkt und Aufklärung verlangt.

Das Hilfswerk für Rußland.

London, 20. September. Neuter erzählt, daß Lichtshterin eine neue Note an die alliierten Mächte geschickt habe. Sie enthalte eine bloße Wiederholung der Beschimpfungen, die er vor zwei Wochen gegen den Hilfsausfluß zur Bekämpfung der Hungersnot richtete. Die Note bringe wieder das Märchen von einer Verschwörung vor, das sich bereits als Betrug erwiesen habe. Augenscheinlich sei die Absicht einer solchen Mitteilung in diesem Augenblicke darauf zurückzuführen, einer Antwort auf die britische Forderung nach Abgabe einer Erklärung über die feindseligen Handlungen Sowjetrußlands in Mittelasien aus dem Wege zu gehen.

Warschau, 20. September. Wie Havas aus Moskau meldet, hat der amerikanische Hilfsausfluß die Ausbeutung seines Hilfswerkes auf die ganze hungernde russische Bevölkerung beschlossen. Nach einer weiteren Meldung hat die Sowjetregierung frühere Finanzleute der zaristischen Regierung aufgefordert, mit den Sowjeteinrichtungen zusammenzuarbeiten.

Das norwegisch-russische Handelsabkommen.

KP. Christiania, 20. September. Wie aus Christiania berichtet wird, ist die allgemeine Meinung die, daß das Abkommen im Augenblick keinerlei praktische Vorteile biete, daß seine wesentliche Bedeutung nur in der Schaffung einer Verbindung überhaupt zwischen Norwegen und Rußland liege. "Morgenbladet", "Aftenposten" und "Korteg Handelsog Sjøfartstidende" haben schon, daß in dem Abkommen nichts von einer Erhaltung der den Norwegern durch die Beschlagnahme in Rußland entstandenen Verluste gesagt ist, was die Hauptfrage hätte sein müssen. "Verdens Gang" meint, das Abkommen könne überhaupt zu spät. England, Schweden und nicht am wenigsten Deutschland hätten das Bett be-

reit abgeschöpft und sich die wertvollsten Chancen gefischt.

Ausnahmestand der irischen Eisenbahnen.

Paris, 20. September. Nach einer Meldung der "Humanité" aus London ist der Ausnahmestand der irischen Eisenbahnen ausgedehnt, weil sich die Gesellschaften geweigert hätten, über die von ihnen beabsichtigte Herabsetzung der Löhne um 6 Schilling die Woche für Lagerverwalter Besprechungen mit den Vertretern des Arbeiterverbandes abzuhalten.

Die neueste dänische Volkszählung.

K. P. Kopenhagen, 20. September. Nach der kürzlich fertiggestellten Zählung beträgt die Bevölkerungsziffer von Dänemark jetzt 3 207 331 Köpfe, gegen 2 767 076 im Jahre 1911. Das wäre eine Zunahme um 540 255 Personen. Aber in dieser Zahl sind 163 622 Köpfe aus dem Abstammungsgebiet von Schleswig mit enthalten. Die tatsächliche Zunahme in dem 1911 in Betracht kommenden Gebiet beträgt nur 347 133 Köpfe oder nur 11,3 Proz. für das vergangene Jahrzehnt. — Kopenhagen mit Vorstädten besitz jetzt 760 610 Einwohner oder 140 000 mehr als im Jahre 1911. Die Einwohnerzahl Kopenhagens ist also nicht viel unter einem Viertel so groß wie die des ganzen Landes.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag.

New York, 20. September. (Durch New York.) Die "Associated Press" meldet aus Washington: Präsident Harding unterbreitet den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag dem Senat wahrscheinlich bald nach dem am 21. d. M. erfolgenden Wiedereröffnungstermin des Kongresses. Möglicherweise wird er aus diesem Anlaß eine kurze Botschaft entlassen.

Die Jahrhundertfeier der mexikanischen Unabhängigkeitserklärung.

Mexiko, 20. September. (Kabeltelegramm der Agencia Dums.) Die Jahrhundertfeier der mexikanischen Unabhängigkeitserklärung erstreckte sich über den ganzen Monat September. Am der gangenen Sonnabend fand ein deutscher Tag statt, bei dem die gesamte deutsche Kolonie dem mexikanischen Volke als Geschenk die Errichtung eines Gedenkmals in Aussicht stellte. Gleichzeitig wurde ein Werk über mexikanische Archäologie überreicht, das der Verfasser Prof. Hermann Meyer dem Präsidenten Obregon gewidmet hat. Der Tag wurde eingeleitet mit einem Festakt im Teatro Arbeu, an dem der deutsche Gesandte Graf v. Romberg, der mexikanische Minister des Auswärtigen Alberto Pani, viele mexikanische Staatsmänner und auswärtige Diplomaten teilnahmen. Samstädtig Paganstecher brachte in einer eindringlichen Ansprache, die von Pani herzlich erwidert wurde, die tiefen Sympathien des deutschen Volkes für das zielmäßige neutrale Mexiko zum Ausdruck. An diesen Festakt reihte sich eine Aufführung der "Hänsel und Gretel" des Händel aus dem "Wälder im Wald", dargebracht von Lehren und Schülern der Deutschen Schule sowie musikalische Darbietungen unter Mitwirkung von Prof. Julian Carrillo, des Deutschen Gesangsvereins und der Solistin Frau Doreen. Nachmittags fand unter Beteiligung von Tausenden ein Volksfest im Plaza-Fest statt, zu dem auch Präsident Obregon erschien. Bei der Festfeier hielt der Außenminister Billa Real eine Rede, in der er die Deutschen als wünschenswerteste Kolonisten

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 21. September.

Wissenschaft und Technik. Aus Jena wird gemeldet: Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wurde hier der Deutsche Physikerkongress durch Prof. Wien eröffnet. Nach den Begrüßungsansprachen, in denen die Mitteilungen von der Gründung der Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalischen Forschung und von einer Erfindung der Zeiß-Werke dankbar begrüßt wurden, begannen die wissenschaftlichen Vorträge, deren Zahl hundert beträgt.

Ilk. Die 28. Tagung des Instituts für internationales Recht findet vom 3. bis 9. Oktober unter dem Vorsitz von Marquis Corfi in Rom statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Programmpunkte: Die Organisation des hiesigen Gerichtshofes, die Erklärung des amerikanischen Instituts für internationales Recht, über die Rechte und Pflichten der Staaten, Kritik der Völkervereinigung sowie die Frage der Protektorate und der Interessensphären. An der Tagung werden von deutscher Seite teilnehmen: die Völkervereinigung Prof. W. Kaufmann-Berlin, Kammergerichtsrat Hellig Meher, Prof. Riemeyer, Prof. Schäding und Dr. Wehberg.

Eine Expedition, deren Hauptaufgabe in der Sammlung zoologischer Merkwürdigkeiten besteht, wird Ende des Jahres unter der Führung des britischen Zoologen O. Bodart Gottle England verlassen und das unerschlossene Sumatra durchziehen. Man beabsichtigt hauptsächlich die Lebensgeschichte der Langarmaffen auf Sumatra, besonders des großen Elomang, aufzudecken. Die Gesellschaft umfasst elf Mitglieder, darunter auch einen Kino-Operateur, der Aufnahmen von den Tieren machen soll.

Literatur. Ein Schauspiel "Das große Minus" von J. Weber-Rainla ist von der Direktion Saltenberg zur Aufführung im

Berliner Lustspielhaus für die erste Hälfte dieser Spielzeit erworben worden.

Das Neue Theater in Leipzig hat Werfels "Spielmann", Hamjans "Kunsten Wendi", Joachim v. der Goltz "Vater und Sohn", Alfred Bruck "Der jugendliche Fisch", Erich Kloss "Tod und Rache" zur Aufführung angenommen.

Die Uraufführung von Paul Gurks Drama "Dina" findet im Braunschweigischen Landestheater, und zwar in den Kammerspielen im Schloß, am 22. d. M. statt.

Bruno Franz's Drama "Das Weib auf dem Tier" wird in den Vereinigten Theatern in Breslau zur Aufführung gelangen.

Lion Bruchmangers Schauspiel "Die Kriegesgefangenen" ist von Victor Cyril und Walter Klette ins Französische übersetzt worden.

Bildende Kunst. Aus Hamburg meldet man: Während des deutschen Vormarsches in Frankreich verließen Bürger von Douai wertvolle Gemälde aus dem dortigen Museum in Kauerndhäusern. U. a. ging auch ein Correggio diesen Weg. Das wertvolle Gemälde stellte die Maria Magdalena dar. Die in Douai eingehenden deutschen Truppen ahnten, als sie in dem verlassenen Hause, in dem der Correggio zunächst Unterschlupf gefunden hatte, einquartiert wurden, nicht, welchen hohen Wert das Gemälde hatte. Sie schmückten damit einen Gendarmenwagen aus. Längere Zeit machte das Gemälde die Fahrt zwischen Deutschland und Frankreich hin und her, bis sich ein deutscher Offizier des "alten Bildes" erbarmte und seine Unterbringung in einem Soldatenheim anordnete. Der Schöpfer des Bildes und sein Wert wurden aber nicht erkannt. Nach der Revolution nahm ein Soldat die bildende Magdalena mit nach Hamburg. Hier verkaufte er sie für wenige Mark an einen Soldaten. In dessen Kneipe vertrieb sich ihr Bild zufällig ein Kunstverständiger, der den Meister selber nicht feststellen konnte, aber doch sah, daß er ein

wertvolles altes Bild vor sich hatte. Durch Nachfrage erfuhr er die Herkunft des Bildes. Auf Umwegen erfuhr ein Mitglied der Internationalen Kommission von dem Wertgemälde. Die Kommission verfuhr die sofortige Beschlagnahme des Bildes bei dem Hamburger Wert, der natürlich sehr erstaunt war, zu hören, wozu großen Schaden er beibringt hatte. Die Internationaler Kommission hat das Bild fotografieren und einen Abzug dieses Bildes an die Museumsverwaltung in Douai einleiten lassen, damit diese die Wichtigkeit des Eigentums nachprüfen könne.

Der "Internationale" meldet aus Brüssel, daß die Abteilung für schöne Künste der belgischen Akademie beschlossen habe, den Austausch von Veröffentlichungen mit Deutschland, wie er vor dem Kriege bestand, erst wieder aufzunehmen, wenn die Friedensbedingungen wirklich erfüllt seien.

Morgen, Donnerstag, den 22. d. M., nachmittags von 3 bis 4 Uhr findet eine Führung durch die Skulpturenammlung zum Festen des Vereins Heimatbund statt, in der Hr. Rudolf Dr. Walter Müller über die Kunst des Porträts in Griechenland und Rom sprechen wird.

Die Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst wird im kommenden Winter eine Reihe von Kunstabenden bieten, welche die deutsche Kunst entwicklungsgeschichtlich darstellen sollen. In den großen Kunstabenden soll der Zeitgeist der bedeutendsten Kunstabschnitte vom 13. bis 18. Jahrhundert in Kunst und Dichtung zu lebendigen Anschaulichkeit gebracht werden. Die kleinen Kunstabende sollen Fichte und Kant und zeitgenössischen Dichtern gewidmet sein. Stilvolle Kammermusik soll mit den Dichtern ein Kunstgeschichtliche Vorträge und Führungen durch die Museen sollen einen Überblick über die bildende Kunst vermitteln. Endlich bietet sich den Mitgliedern Gelegenheit, durch Besuche von Kunstwerken sich mit dem Schaffen

lebender Dresdner Maler bekanntzumachen. Die Vergünstigungen, welche die Vereinigung ihren Mitgliedern gewährt, sind sehr erheblich. Abgesehen von dem sehr niedrig gehaltenen Jahresbeitrag von 10 M., erhält jedes Mitglied gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte an den öffentlichen Verkaufsstellen für die großen und kleinen Kunstabende einen Platz zum Preise des nächst niedrigeren Platzes, den billigen Platz um ein Drittel ermäßigt. Freier Eintritt haben alle Mitglieder zu den Einführungs-vorträgen und Führungen in der bildenden Kunst sowie zu den Besichtigungen der Kunstwerke namhafter Dresdner Künstler. Ermäßigung ferner in den Kunsthandlungen Ernst Arnold, Schloßstraße, und Emil Richter, Proger Straße. Mit dem Staatstheater werden Verhandlungen wegen ermäßigter Eintrittspreise gepflogen. Zwischen der ins Leben getretenen Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes im Reichstädter Schauspielhaus und der Vereinigung besteht eine enge Interessengemeinschaft, die durch gegenseitige Vertretung in den Ausschüssen zum Ausdruck kommt. Es wird daher auch von Seite der Vereinigung ein Beitritt zu dieser Theatergemeinde empfohlen, der eine bedeutende Beteiligung des Theaterbesuchers zur Folge hat. Verhandlungen über weitere Vergünstigungen sind im Gange.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Prof. Hans Hähmann nimmt seine Orchesterabende in der Johannestirche wieder auf, und zwar in neuer Form, nämlich mit einleitenden, lang gefassten musikalischen Vorträgen, die er vom Anfang der Kirche vor Beginn des Konzerts zu halten beabsichtigt. Für das Winterhalbjahr plant er als achte Folge der früheren Orgelkonzerte eine Folge von fünf Abenden, und zwar zum Besten der in der Johannestirche. Eintritt 2 bis 5 M. Erstes Abend-Donnerstag, 29. September, 8½ Uhr unter Mitwirkung von Solisten und des Kirchenchors.

besetzte, von denen Vergil seinen Namen übernahm. Nach Villa Real ergriff der städtische Magistrat Beschlüsse in Betreff, die die Deutschen mit offenem Herzen auf. Den Anträgen folgten Darbietungen der deutschen Vereine, des Turnvereins, Gesangsvereins und Vortragsvereins, die die Deutschen mit offenem Herzen auf. Den Anträgen folgten Darbietungen der deutschen Vereine, des Turnvereins, Gesangsvereins und Vortragsvereins, die die Deutschen mit offenem Herzen auf. Den Anträgen folgten Darbietungen der deutschen Vereine, des Turnvereins, Gesangsvereins und Vortragsvereins, die die Deutschen mit offenem Herzen auf.

Parteiabteilung.

Wortly, 20. September. In der Entscheidung des sozialdemokratischen Parteivorstandes über den Eintritt in die Regierung, die dem hier tagenden Parteitag vorliegt, ist das Wort Grundforderungen nunmehr durch das Wort „Mindeforderungen“ ersetzt worden. Der letzte Absatz wurde dahin geändert, daß die Fraktionen in Einvernehmen mit dem Parteivorstande über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden sollen. Die Entschliessung wurde in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 67 Stimmen angenommen. Damit sind alle anderen in dieser Sache gestellten Anträge erledigt.

Hermann Müller (früherer Reichskanzler) hielt in der der Abstimmung vorangehenden Rede die Resolution des Parteivorstandes betreffend Grundforderungen für die Resolution. Die Resolution habe leider nicht den Einheitslaut gebracht, und sei die Republik durch das Treiben in einzelnen Ländern wie Bayern in Gefahr. Darum solle es vor allem in den Einzelländern den gesunden Einfluß zu gewinnen. Mit allen Parteien müsse man zusammengehen, welche die Weimarer Verfassung betreiben wollten. Bauer (Dobler) stimmt der Resolution des Parteivorstandes zu. Hr. Eduard Beuermann betonte, daß es auch alle, das Ansehen der deutschen Republik im demokratischen Ausland zu stärken. Eine Vereinigung mit der U. E. P. ist erst möglich, wenn diese ihre Politik der Unverantwortlichkeit aufgibt. Loferer (Chemnitz) tritt der Behauptung entgegen, daß es in der Partei eine besondere chemische Richtung gebe. Die Chemiker wollten nur eine rein sozialistische Politik. Sie händen auf dem Boden der Antihumaner Internationalen. In der Nachmittags-sitzung sprach die Resolution der Reichstagsfraktion. Er behandelte die Teuerung, den Rückgang der Kaufkraft, das Sinken unserer Saluta. Der Grundgedanke Robert Schmidts betr. Verteilung des Reiches am Erwerb muß durchgeführt werden. Wir müssen aufpassen, daß uns hier die Organisationsfrage nicht ebenso lahm legt, wie bei der Organisation des Bergbaus. Das Angebot der Reichstagsfraktion scheint einen bedenklichen Unterschied zu haben. Ein Eingriff in die Substanz muß gemacht werden, wenn auch unsere Gegner dann den Anfang der Sozialisierung sehen. Der Einbruch mit der Devisenparität kann unmöglich weiter gehen. Georg Schmidt (Landarbeiterverband) behandelte die Ernährungswirtschaft. Er behandelte die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Das Umlageverfahren beim Getreideverlage. Nehmer soll seine Ausführungen in eine Resolution zusammenfassen, welche die Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft tadelt und die Regierung auffordert, den Wucher in Landwirtschaft und Handel zu unterbinden.

In der Nachmittags-sitzung wurde ferner ein Antrag betr. Bildung einer einheitlichen proletarischen Partei angenommen, ebenso ein Antrag, der das Streiten über parteiliche Fragen in öffentlichen Blättern verbietet. Ein Antrag Wortly über die Reform und Eingliederung des hohenpolizeilichen Vermögens wurde dem Parteivorstande überwiesen. Der Antrag Lohde, betr. Schaffung eines republikanischen Abzeichens wurde angenommen. Zahlreiche weitere Anträge wurden dem Parteivorstande überwiesen. Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde ein Antrag, wonach zur Partei nicht gehören kann, wer Krieges- oder Militärdienstleistungen als Mitglied angeht.

Eingegangen ist eine Entschliessung des früheren Reichskanzlers Hermann Müller zur auswärtigen Politik, in der es u. a. heißt:

Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages verhindern die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen. Die Befreiung der europäischen Wirtschaft hat die Wirtschaft der auslandereisen Kreise aller Länder zur Notaufhebung. Die deutsche Sozialdemokratie hat alles getan, um den schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Westeuropa und Belgien zu sichern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist auf die Dauer unentzählich. Die Schäden des Weltkrieges können nicht von einem Volke allein repariert werden. Die Lage der Arbeiterklasse in den Siegerstaaten sowohl wie in den neutralen und besiegten Ländern erfordert gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages. Vor allem aber ist eine schnelle, auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung rücksichtnehmende Entscheidung des für das Reich lebenswichtigen oberstaatlichen Industriegebietes erforderlich. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen dem Versailler Vertrage widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanctionen gefordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Republik gegen jeden Angriff zu sichern.

Eingegangen ist ferner eine Entschliessung Teil zur Steuerfrage, in der es u. a. heißt:

Dem Finanzfeld kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufes, Festigung des Marktes und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Die bestehende Steuererhebung konnte diesem Ziel nicht näher kommen. Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit neuen Steuerentwürfen der Reichsregierung ist die Befreiung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besteuerungs- und ihrer scharfen Durchführung müssen die Sachvermögen in Anspruch genommen werden. Zur Befreiung von der zügellosen Devisenparität, zur Hebung des deutschen Auslandskredits, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Bilanzierung des Reichshaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seines Ertrages unter Schonung des Kleingewerblichen und Kleindarlehlichen Besitzes einzuräumen. Vor Erfüllung der Reparationsverpflichtungen muß die Einfuhr aller nicht unbedingt notwendigen Verbrauchs- und Genussartikel möglichst gehindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Ausschließung des Auslandsmarktes gefördert, die Salutzugewinne an den Ausfuhrwerten vom Reiche erfaßt werden. Die Vorschriften der Reichsfinanzordnung, die der Wahrheit gemäßen Feststellungen der Vermögen und Einkommen dienen, müssen weiter ausgebaut, alle Verträge, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden. Die Arbeiterschaft wird sich bereithalten, jeden Widerstand gegen die zur Befreiung der deutschen Finanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu überwinden.

Lohnbewegung.

Schneeberg i. E. In den hiesigen Papierfabriken ist ein Streik ausgebrochen.

Bayern, 20. September. Nach mehrmaligen Verhandlungen ist zwischen dem Verband Oberlausitzer Kleintextilfabriken (K. V.) und dem Deutschen Verbandsverbande (Deutscher Oberlausitzer-Verbandsverband) ein neues Lohnabkommen getätigt worden. Dasselbe bringt eine Erhöhung der Lohnsätze, sowie der Alterszulagen, rückwirkend ab 1. September, und eine weitere Steigerung ab 30. September. Die Erhöhung der Lohnsätze ist in den einzelnen Gruppen und Klassen eine verschiedene und bewegt sich zwischen 24 bis 40 Prozent. Auch die Erhöhungen der Zulagen für die Alterszulagen sind für die einzelnen Branchen nicht gleichmäßig und bewegen sich zwischen 33 bis 44 Prozent.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 21. September.

Der Zentralarbeitsnachweis Dresden berichtet über die Lage am Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte des September folgendes: Die Besserung der Arbeitsmarktlage hält an. Die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden ist in der ersten Hälfte des Monats September um 333 zurückgegangen. An diesem Rückgang ist die Metall- und Maschinenindustrie und das Holzgewerbe in erster Linie beteiligt. In der Metallindustrie ist trotz der Streiklage die Nachfrage besonders reger gewesen und die Zahl der Arbeitssuchenden ist in 14 Tagen um 100 zurückgegangen. Im Holzgewerbe hat sich, nachdem Streik und Auslieferung beendet sind, der Bedarf an Arbeitssuchenden fast verdoppelt, insbesondere für Tischler und Tischlerarbeiten. Maurer, Zimmerer, Maler, Glaser, Dachbedeker und Steinsetzer stehen reglos in Arbeit, auch für Leisener hat sich die Lage erheblich gebessert. Bei den Bäckern, Fleischern und Fleischbräu-Experten ist die Zahl der Arbeitssuchenden gestiegen. Bei den weiblichen Berufstätigen ist es auffällig, daß trotz erhöhter Nachfrage und höchster Vermittlungstätigkeit die Zahl der Arbeitssuchenden um 109 gestiegen ist. In der Papierindustrie, im Graphischen Gewerbe und im Handeltsgewerbe ist die Zahl der weiblichen Arbeitssuchenden zurückgegangen, dagegen ist bei den Fabrikarbeiterinnen um über 100 gestiegen, hauptsächlich infolge Beendigung der Saison in der Konfektindustrie.

Der Stenographen-Verein „Habelberger“ an der Annenschule feierte am Sonnabend, den 17. d. M., im großen Saale des Kongresshauses, Reichsstraße, sein 18. Stiftungsfest, das von der Altstadtkirche, den U. E. P., dem Lehrerbund, dem Frauenverein und Freunden sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Weiser begrüßte die Anwesenden und schilderte die Entwicklung des Vereins, der unter dem Druck des Krieges völlig zusammengedrückt war, sich aber nach seiner Wiederaufbau nun zu voller Blüte entfaltet hat. U. E. stud. math. Buchmann zeigte, wie der Verein immer für die Habelbergerische Stenographie treu gearbeitet hat und überbrachte dafür herzliche Dankesgrüße vom Reich zur Vertiefung der Arbeit der Stenographen an den höheren Lehranstalten und vom Landesverband der Habelbergerischen Stenographenvereine zu Dresden. Einen glänzenden Beweis für die fleißige Arbeit bildete ein Wettstreit, dessen Ergebnis er bekanntgab. Die erzielten Gesamtergebnisse (100 bis 180 Seiten), wobei auf 12 Arbeiten 11 Preise und davon 6 erste Preise verteilt werden konnten, geben Zeugnis von der Leistungsfähigkeit unserer Schüler in der Stenographie. Namens des Oberstudienrats Dr. Lehmann und des gesamten Lehrkörpers sprach Dr. Oberstudienrat Prof.

Dr. Lehmann. Für den Mit-Vortrag über die Arbeit der Habelbergerischen Stenographenvereine sprach Dr. Oberstudienrat Prof. Dr. Lehmann. Für den Mit-Vortrag über die Arbeit der Habelbergerischen Stenographenvereine sprach Dr. Oberstudienrat Prof. Dr. Lehmann.

Der Schwereindustrieverband der Angehörigen, Gruppe Schwerindustrie veranstaltet eine Zusammenkunft nächsten Freitag abends 1/8 Uhr im Sitzungssaal der Geschäftsstelle, an der Kreuzkirche 3, II.

Am Sonntag, den 25. September findet im Gasthof Großschadow bei Niederlößnitz ein außerordentlicher Kreisstag des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Kreis Dresden, statt. Auf der Tagesordnung stehen als wesentliche Punkte zwei Vorträge und zwar wird Dr. Gauswörther Herrmann Wilhelm-Leipzig über das Thema: „Die kommende Beitragsänderung“, und der Kreisgeschäftsführer Bierack-Dresden über das Thema: „Gemeinschaftliche Aufgabenaufgaben“ sprechen.

Sächsische Angelegenheiten.

Offene Stellen für Lehrer.

Tr. Lehrerstelle zu Hermdorf i. E. Ref.: Oberste Schulbehörde. Gehalt nach dem U.-G. Postlauf. Ortsh. K. Wohnung im Schulhause. (Mit der Stelle war früher ein hiesigen Amt verbunden.) Bem. bis 17. Okt. an den Bezirks-Schulrat zu Dippoldiswalde.

Zur Kollage der sächsischen Gemeinden.

Die Reichsregierung hat sich in der letzten Zeit, wie bekannt, nachdrücklich für eine Übernahme der sächsischen Gemeinden durch die neueren Erhöhungen der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter entstehenden Mehraufwendungen durch das Reich, ferner für eine größere Beteiligung der sächsischen Gemeinden an den großen Reichsteuern und endlich für eine rasche Veranlagung und Einhebung der bereits bewilligten Reichsteuern bei den unabhängigen Stellen eingesetzt. Das Ministerium des Innern teilt dazu mit, daß ihm die geschätzten ungenügende Finanzlage der sächsischen Gemeinden bekannt sei. Es sei ihm weiter bekannt, daß es einem Teile der Gemeinden sicherlich Schwierigkeiten bereiten werde, die erhöhten Arbeiterlöhne und Beamtengehälter zu bewilligen. Es habe aus diesem Grunde schon Ende vorigen Monats bei der Regierung veranlaßt, daß im Reichsrat bei Beschlußfassung über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten der Antrag eingebracht werde, bei der Beteiligung von Reichsmitteln zur Deckung der Mehraufwendungen nicht bloß die Länder zu bedenken, sondern auch die Gemeinden und Gemeindeverbände einzubeziehen und wenigstens zur Unterhaltung solcher Gemeinden und Verbände, die in Not geraten würden, eine Summe zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag ist von dem Vertreter der Regierung im Reichsrat eingebracht worden. Er fand jedoch keine genügende Unterstützung und wurde abgelehnt. Der Vertreter der Reichsregierung hat von sich aus zu dem Antrag bemerkt, daß eine derartige Zulassung die finanzielle Kraft des Reiches übersteigen würde. Dem Ministerium des Innern sei es demnach diesmal ebensoviele wie im Frühjahr, wo die Regierung auf Veranlassung des Ministeriums des Innern die gleiche Stellung in der gleichen Angelegenheit eingenommen hat, gelungen, den Wünschen der sächsischen Gemeinden zur Durchführung zu verhelfen. Inwieweit die Eingabe des Sächsischen Gemeindetages sich auf die Beschleunigung der Veranlagung der Gemeinden anteilig zuhebenden Reichsteuern bezieht, hat das Ministerium des Innern Gelegenheit genommen, diesen Wunsch, den es voll teilt, dem Finanzministerium und von sich aus zu unterbreiten. Der Sächsische Gemeindetag wird nunmehr durch Vermittlung des Deutschen Städtetages im Zusammenwirken mit den übrigen Länderparlamenten erneut verhandelt, den berechtigten Wünschen der sächsischen Gemeinden auf diesem Gebiete Geltung zu verschaffen.

Falsche Reichsbanknoten zu 10 M.

Von den seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugelassenen Reichsbanknoten zu 10 M. mit dem Datum des 6. 2. 20 sind außer der Ende Juni durch die Tagespresse bekanntgegebenen falschen weitere Nachbildungen aufgetaucht. Abgesehen von der mangelhaften Wiedergabe der Zeichnung, fehlen den Fälschungen die Hauptkennzeichen echter Noten: das Wasserzeichen und der eingewirkte Falterkreis auf der Rückseite, der beim Falschbild zumeist durch aufgedruckte braune Striche vorgebildet ist. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Aufnahme derartigen Fälschungen und empfiehlt dem Publikum erneut, als Selbsthilfe gegen Verluste aus der Annahme solcher Fälschungen sich das Bild der echten Noten, namentlich auf genannte Kennzeichen hin, einzuprägen. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß die Reichsbank für die Rückführung von Fälschungserwerbungen und für zweifelhafte Mittelungen, die zur Festnahme und Verhaftung solcher Banknoten führen, Belohnungen zahlt. Mittelungen, die auf Wunsch vertauscht behandelt werden, nimmt Kriminal-Kommissar A. Liebermann in den Räumen der Reichsbank

Falschgelddielerei — Ausfälschung 49 III entgegen.

Leipzig. Der Landesgesundheitsrat des sächsischen Betriebskrankenkassen hat das Waldpark-Sanatorium Blasewitz bei Dresden aufgekauft, um es zu einem erstklassigen Krankenhaus für innere Krankheiten umzubauen. Die Kranken werden nicht in großen Sälen, sondern in einzelnen Zimmern mit höchstens vier Betten untergebracht werden. Ferner wird in den nächsten Tagen die Pachtung eines Genesungsheims in Bad Elster perfekt werden, das in der Nähe des Kurhauses liegt, ein zweites Genesungsheim soll in der Nähe von Dresden angekauft werden. Es soll dadurch den Arbeitnehmern gezeigt werden, daß die Arbeitgeber, die sehr erhebliche Mittel aufgewendet haben, alles daranzusetzen bereit sind um den Gegenstand zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterwelt möglichst zu überbrücken.

Planen. Im Alter von 57 Jahren verstarb hier der Direktor der staatlichen Kunstschule für Textilindustrie Prof. Dr. Albert Forstl im hiesigen Krankenhaus.

Planen. Bei den Stimmzählungen in Planen wurden 111 Vertreter der christlichen, 56 der sozialdemokratischen und 9 der kommunistischen Kandidaten gewählt.

Kuerbach. In der Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Kuerbach i. E. machte der Vorsitzende Mitteilung über die finanzielle Kollage der einzelnen Gemeinden des Bezirks. Von 63 Gemeinden lagen 34 Haushaltspläne vor. Ihr Gesamtbedarf beläuft sich auf 3,7 Mill. M.; die Bedingungsstellen einschließlich aller zu erwartenden Steuererlösen betragen 1,7 Mill. M., so daß ein Fehlbetrag von rund 1,9 Mill. M. bleibt, den die Gemeinden ab zu decken wissen.

Annaberg. Der Stadtgemeinderat zu Scheibenberg beschloß die Aufnahme eines weiteren Darlehens von 500 000 M. zur Deckung der vorhandenen Schulden.

Am Montag wurde von der hiesigen Kollegien zu Annaberg die neue städtische Gasanstalt übernommen.

Carlsfeld. An Stelle des nach Arbeitslosigkeit berufenen Gemeindevorstandes Liebing wurde von über 120 Gewerbetreibenden Oberst aus Siegmars gewählt.

Saxta. Ratsherr Herrlich in Saxta wurde einstimmig zum Gemeindevorstand von Blummen bei Oberhausen gewählt.

Döberitz. Bei der Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Döberitz teilte der Bürgermeister mit, daß sich die Schulden der Stadt gegenüber der Volkswirtschaft verdoppelt haben. Die Aufnahme einer neuen Anleihe von 1 1/4 Mill. M. wird kaum zu umgehen sein. Die Gesamtschuld des Haushaltsplanes beträgt 3 489 333 M., das ist etwa das Siebenfache der Friedensschuld.

Crimmitschau. Wegen Austritts von Schmalz ist die Volksschule in Kobwitz bis auf weiteres geschlossen worden.

Großhain. 21. September. Zur Deckung des Fehlbetrags im Haushaltsplan der Stadt Großhain soll eine Steuererhöhung beitragen. Möglicherweise wird auch noch nach anderen Steuerquellen gesucht werden müssen.

Tageschronik.

Chemnitz, 20. September. Über einen Raubmord an einem Geldbriefträger wird der „Allgemeinen Zeitung“ aus Frankfurt berichtet: Gestern vormittag wurde der 30 Jahre alte Fabrikarbeiter John in Frankfurt mit Hilfe einer fingierten Postanweisung den 58 Jahre alten Geldbriefträger Glaser in seine Wohnung, zetteltürmerie ihm mit einem Teil den Schmelz, raubte das vorhandene Bargeld von etwa 5000 M. und flüchtete. Die Werdart wurde erst abends entdeckt. Der Mörder ist bisher noch nicht ergriffen worden.

Berlin, 20. September. Heute früh fand im Justizpalast in Berlin der erste Termin im Konkurs des verstorbenen Sportbankinhabers Adm unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Jacoby vom Amtsgericht Berlin-Mitte statt. Auf der Preistruppe und auf den Kreditoren, die zu dem Schwurgerichtssaal führten, fanden Hunderte, die zum Teil schon zwei Stunden vor der angeordneten Zeit erschienen waren, um Einfluß zu finden. Die Gläubigerversammlung zeigte deutlicher als alles andere, daß durch den Zusammenbruch der Wettbanken fast alle Gesellschaftskreise geschädigt sind. Der Konkursverwalter Schubert erstattete einen umfangreichen Bericht. In drei Monaten, Mai bis Juli, wurden 50 912 100 M. eingezogen, und damit 9,5 Millionen Wettverluste und 5,8 Millionen Wettgewinne erzielt, mithin also 3,7 Millionen effektive Verluste erlitten. Die Auszahlungen sind hierauf aus festen Geldern der Gläubiger geleistet worden. Unter Übertragung vorstehenden Zahlenmaterials hat der Verwalter die Finanzämter aufgefordert, die beschlagnahmten Gelder zugunsten der Gläubiger unverzüglich freizugeben, da Kapitalertragssteuer nur dann zu verlangen sei, wenn das Reichkapital Erträge erzielt hat. Dem sogenannten Außenstand wurden für die einzelnen Kennzahl Summen von 300 000 M. bis 1 Mill. M. anvertraut. Nach dem Gutachten der Sachverständigen Cohen und Reier ist die Ertragsabgrenzung nicht aufgestellt und die Buchführung als höchst mangelhaft bezeichnet. Sie im Rückstand gelassen und Verrechnungskonten für die Generalbetreiber fehlen. Es konnte nicht fest-

gestellt werden, welche Gelder sich privatim für sich verbraucht. Röhns Gesamtabhebungen auf Privatkonto bei zwei Banken betragen 25 Millionen M., worüber Röhns wird Rechnung zu legen haben.

Berlin, 20. September. Ein äußerst betwogenes Hoteldiebstahl, der vor einigen Tagen in einem Hotel in der Königsgräber Straße von einem angeblichen Elektromonteur ausgeführt worden war, und bei dem zwei Spanier Schmuck- und Wertgegenstände sowie bares Geld von zusammen über 100000 M. entwendet wurden, ist aufgeklärt worden.

Bremen, 20. September. Der Norddeutsche Lloyd rüstete heute seine zweite Frachtampferlinie mit eigenen Dampfern nach Südamerika. Als erster Dampfer ging der 8400 Tonnen schwere Frachtampfer „Westfalen“ über Hamburg nach Rio de Janeiro und Buenos Aires ab, als zweiter folgt am 18. Oktober der Lloyd-Dampfer „Vollstein“.

Hagen, 20. September. In der Nähe der Andeischen Fabrik in Hohenlimburg kürzte ein Lastkraftwagen mit 30 Turnern von einer hohen Höhe ab. Vier Personen wurden schwer und mehrere leicht verletzt.

Frankfurt a. M., 20. September. Da in letzter Zeit Gsangbetriebe und Musikkapellen und dem unbesetzten Gebiete auf dem Mainzer Hauptbahnhof deutsche Weisen vorgetragen hatten, hat die französische Bahndirektion darauf auf höhere Befehl ein allgemeines Verbot des Sings und Musizierens auf dem Hauptbahnhof erlassen.

Raumburg, 20. September. Aus dem Raumburger Gefängnis sind vier zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilte schwere Verbrecher entkommen. Sie ließen sich aus ihrer Zelle mit einem langen Seil betab.

Tulle (Dep. Corrèze), 20. September. Infolge der wolkenbrütigen Regenfälle ist der Stadtkanal auf der Bahnlinie von Tulle nach Tulle bei Gernil eingestürzt. Die Schienen blieben auf einer Länge von 20 Metern zwischen der Erde und dem zweiten Bogen, der dem Wasser widerstand, in der Luft hängen. Der Verkehr ist unterbrochen.

Boulogne, 20. September. Der Dampfer „Barn“ ist zwischen Boulogne und Wimereux mit dem Dampfer „Europa“ zusammengefahren und gesunken. Da die „Barn“ an der „Europa“ hängen blieb, konnten alle Schiffbrüchigen aufgenommen werden.

Sport.

Sächsischer Landesausschuß für Leibübungen. (Dresden-N., Goldsteinstraße 149, Fernspr. 30641.) Dem SVAZ ist in letzter Zeit die Landesgruppe Mitteldeutschland des Verbandes Deutscher Sportlehrer beigetreten. Der Obmann der Landesgruppe Fritz Schumann ist als Mitglied in den Arbeitsausschuß aufgenommen worden.

Turnen. * Der Gauaturntag des Dresdner Turngauens hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. Eingeleitet wurde sie durch einen Vortrag des Schriftstellers Kerlen vom Bühnenvolksbund, der dessen völlige Bedeutung und seine Vorteile erläuterte.

Schwimmen. Die Schülerabteilung des Schwimmklubs Poseidon Dresden veranstaltet am 14. Oktober ihr Schau- und Wettschwimmfest im Zentralbad. Der Verein betreibt sich von der 80 Mann starken Schülerabteilung zu diesem Festen einen guten Erfolg.

Volkswirtschaftliches.

Literarischer Wettbewerb der Deutschen Gewerkschaften.

Um den Grundgedanken der Deutschen Gewerkschaften 1922 möglichst weitgehende und einflussreiche Verbreitung zu sichern, erlassen die Gewerkschaften den Wettbewerb der Deutschen Gewerkschaften für den Wettbewerb der Deutschen Gewerkschaften für den Wettbewerb der Deutschen Gewerkschaften.

Veränderung für Axt und Beile.

Wie aus dem Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband in Eisenfeld mitgeteilt wird, hat sich der Axt- und Beil-Verband, Hagen i. Westf., infolge der in letzter Zeit außerordentlich gestiegenen Selbstkosten gezwungen gesehen, seine Verkaufspreise zu erhöhen.

Verteuerung der Schallplatten.

Die Deutsche Grammophon-Aktiengesellschaft und die Odeon-Werke kündigen eine Verteuerung von Schallplatten ab um 15% an.

Preisänderung in der Werkzeugindustrie.

Die Vereinigung deutscher Werkzeugmacher hat die Aufschlagsrate auf den Grundpreis für Kurbel im Inland ab 17. September um 85% erhöht bei 630 M. Grundpreis ist 100 M., während der Auslandsaufschlag beim gleichen Grundpreis auf 120% festgesetzt worden ist.

Sächsische Mahlfabrik, Dresden-Plauen.

Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, einer auf den 11. Oktober 1921 einzuberufenden Aktionärversammlung die Verteilung eines Aktienzinsanteils von 20% auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Porzellanfabrik G. M. Hüttenreuther Aktiengesellschaft, Hohenberg a. d. Eger.

Der Aufsichtsrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, der auf den 14. Oktober nach Dresden einzuberufenden Hauptversammlung die Verteilung eines Gewinnanteils von wiederum 20% (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

Porzellanfabrik Teplitz.

Zwecks Vergrößerung ihres Werkes erwarb die Gesellschaft das Hotel „Wilhelmshöhe“ in Teplitz.

Erste Kurbelbau Aktien-Exportier-Brauerei in Kulmbach.

Der auf den 9. November nach Dresden einzuberufenden Aktionär-Hauptversammlung wird nunmehr die Erhöhung des Grundkapitals um 2 1/2 auf 5 1/2 Mill. M. vorgeschlagen werden, wovon 2 Mill. M. neue Stammaktien und 500 000 Mark sechsprozentige Vorzugsaktien sein sollen.

Erste Kurbelbau Aktien-Exportier-Brauerei in Kulmbach.

Der Aufsichtsrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, einer auf den 11. Oktober 1921 einzuberufenden Aktionärversammlung die Verteilung eines Aktienzinsanteils von 20% auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Fortwunder Ritterbrauerei Aktiengesellschaft, Tormund.

Die am 20. September in Dresden abgehaltene außerordentliche Aktionärversammlung genehmigte einstimmig die von der Verwaltung vorgeschlagene Übernahme des gesamten Vermögens der Weiskalia-Brauerei G. m. b. H. in Lütjendorf und in Verbindung hiermit, sowie zum Zwecke der notwendigen Veräußerung der Betriebsmittel und späterer weiterer Angliederungen eine Erhöhung des Grundkapitals bis um 7 200 000 M. auf 12 Mill. M., von denen 4 Mill. M. als 6% Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht und 3 200 000 M. als Stammaktien ausgegeben werden sollen.

Alexanderwerk A.-G. (Rahmer) in Nemscheld.

Seit einigen Monaten ist der Geschäftsgang bei diesem Unternehmen recht lebhaft und die Verwaltung stellt unter stichlichem Vorbehalt eine etwa höhere Dividende (im Vorjahre 12%) in Aussicht.

Berlin-Gubenner Hüttenfabrik Aktiengesellschaft in Guben.

Den Aktionären sollen auf drei alte Aktien je eine neue Aktie zu 125% zum Bezüge angeboten werden. Es handelt sich dabei um die Ausgabe der 3. Mill. M. neuen Aktien, die bereits beschossen, aber noch nicht durchgeführt worden war.

bereits beschossen, aber noch nicht durchgeführt worden war.

* Hildesheimer Hüttenwerke Aktiengesellschaft in Hildesheim. Die Verwaltung bringt die Verteilung eines Aktienzinsanteils von 22% (auf die jungen Aktien 11%) in Vorschlag, gegen 9% im Vorjahre.

* Rudolf Harpold Aktiengesellschaft in Hamburg. 65 Mill. M. neue Aktien werden den Aktionären zu 130% im Verhältnis von 2:1 zum Bezüge angeboten.

* Promo-Film-Aktiengesellschaft in Berlin. Mit 7 Mill. M. Grundkapital wurde unter dieser Firma eine neue Film-Aktiengesellschaft errichtet.

Berlin, 20. Sept. Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. September. Aktiva: 1. Metallbestand (der Bestand an fünfjährigem deutschem Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Kilogramm sein zu 2784 M. berechnet) 1040356000 M., Abn. 74 000 M., darunter Gold 1 023 707 000 M., Abn. 1000 M., 3. Bestand an Reichs- und Darlehnskassenscheinen 2 505 156 000 M., Abn. 613 850 000 M., 4. Bestand an Noten anderer Banken 6 769 000 M., Jun. 692 000 M., 5. Bestand an Wechseln und Schecks 1 035 592 000 M., Jun. 725 233 000 M., 6. Bestand an diskontierten Reichs-Schuldscheinen 87040 196 000 M., Jun. 6537 200 000 M., 7. Bestand an Lombardforderungen 19 950 000 M., Jun. 768 000 M., 8. Bestand an sonstigen Aktiven 5 735 603 000 M., Akt. 215 275 000 M., Passiva: 9. Grundkapital 180 000 000 M., unbedeutend, 10. Reservefonds 121 413 000 M., unbedeutend, 11. Betrag der umlaufenden Noten 81 469 690 000 M., Jun. 742 164 000 M., 12. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten a) Reichs- und Staatsguthaben 3 690 252 000 M., Jun. 814 871 000 M., b) Privatguthaben 10 623 903 000 M., Jun. 3 981 475 000 M., 13. Sonstige Passiva 1 557 722 000 M., Zunahme 246 411 000 M.

Der Ausweis der Reichsbank vom 15. d. M. läßt das um die Monatsmitte übliche Ansteigen der Anlageeffekten erkennen. Die gesamte Kapitalanlage ist um 6613,4 Mill. M. auf 88 355,1 Mill. Mark, die bankmäßige Deckung für sich allein um 6609,7 Mill. M. auf 88 075,8 Mill. M. angewachsen. Da die beanspruchten Kreditbeträge zum größten Teil der Bank auf den Konten der fremden Gelder belassen blieben, zeigen auch diese Konten eine Zunahme, nämlich um 4796,3 Mill. Mark auf 14 314,2 Mill. M. Die ungünstige Gehaltung des Zahlungsmittelumsatzes hat sich in der zweiten Septemberhälfte fortgesetzt. Während in der Vergleichszeit des Vorjahres 4,6 Mill. Mark an Banknoten und Darlehnskassenscheinen in die Kassen der Bank zurückfloßen, sind in der Berichtswche 671,2 Mill. M. an beiden Geldgebenden zusammen neu in den Verkehr gegeben worden. Im einzelnen hat sich der Banknotenumsatz um 742,2 Mill. M. auf 51 469,7 Mill. M. erhöht; der Umlauf an Darlehnskassenscheinen ist infolge von geringen Rückflüssen aus dem Verkehr um 71 Mill. M. auf 7721,8 Mill. M. zurückgegangen. Bei den Darlehnskassen waren von neuem Darlehnsrückzahlungen zu beobachten. Die Summe der ausstehenden Darlehen hat sich um 685,2 Mill. M. auf 10 262,4 Mill. M. vermindert, jedoch ein dieser Ermäßigung entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen von der Reichsbank an die Darlehnskassen zurückgeliefert war. Demgemäß weist der Bestand der Reichsbank an Darlehnskassenscheinen unter Berücksichtigung der erwähnten Rückflüsse eine Abnahme um 614,5 Mill. M. auf 2420,2 Mill. M. aus.

Berlin, 21. September. Telexentwurf.

Table with 5 columns: Telegraphische Mitteilung auf, 21.9. 21.9. 20.9. 20.9. 21.9. and rows for various telegrams.

Bäder, Reisen und Verkehr.

Bad Wörz. Die Kurliste Nr. 129 verzeichnet bis 10. September 14 283 Kurgäste in 10320 Parteien, außerdem 5428 Durchreisende.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 21. September 7 Uhr früh.

Table with 6 columns: Station, Temp. gestern, Temp. heute, Wind, Wetter, Bemerkungen and rows for various stations.

Sächsische Staatszeitung

Einzelne Nummern 20 Pf.

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Freitag am 23. September „Der Freischütz“.

Schauspielhaus. Die Bühnenbilder zu der Tragödie „Circe“ deren Aufführung am Donnerstag, den 22. September festgesetzt, sind von Rudolf Venus (nicht wie ursprünglich mitgeteilt wurde, von Adolf Rohlfes) und Adolf Linnebach geschaffen worden.

Freitag, den 23. September „Der Bibliothekar“ von G. v. Keyser in der bekannten Fassung. Spielleitung: Alexander Wieny, Anfang 7 Uhr.

Die Aufführung von Shakespeares „Sommer-nachtstraum“ am Sonntag, den 26. September beginnt erst 1/8 Uhr. * Das Bessey-Konzert muß verlegt werden. Das neue Datum wird später bekanntgegeben. Geblöte Karten behalten Gültigkeit.

Invalidentanz

Berein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden. Dresden, König-Johannstraße 8.

Anzeigenannahme für alle Zeitungen (Reinerlei Nebengebühr). Versicherungen aller Art. Theaterkarten - Verkauf.

Jüngerer Beamtenanwärter

für die allgemeine Verwaltung für sofort gesucht. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sofort erbeten.

Wareneutzugsvereinigung für Meissen und Umgebung G. m. b. H.

ausgelöst worden. Zum Liquidator ist der Unterzeichnete ernannt. Etwaige Gläubiger werden aufgefordert, sich binnen Monatsfrist bei uns zu melden.

Wareneutzugsvereinigung für Meissen und Umgebung G. m. b. H.

in Liquidation. F. Köppl. 5186

Freitag: Der Freischütz.

Schauspielhaus. Zum erstenmal, Aufführung: Circe, Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr. Freitag: Der Bibliothekar. Anfang 7 Uhr.

Neustädter Schauspielhaus.

Das vierte Gebot. Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/11 Uhr. Freitag: König Riccio. Anfang 1/8 Uhr.

Residenztheater.

Gastspiel Maria Neustädter (Neustädter Schauspielhaus Dresden) u. a.: Japhetreich. Anfang 7 Uhr. Ende geg. 1/10 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Zentraltheater.

Die Tangara. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Freitag: Diefelbe Vorstellung.

Bistorialtheater.

Täglich: Gastspiel Paul Beders. Anfang 1/8 Uhr.

Zamiennachrichten.

Bericht: Hr. cand. med. Hanns Gerhard Haufe mit Fr. Alice Hochgumel in Dresden - Blasenly; Hr. Kaufmann Johannes Fröhlich mit Fr. Heltha Lorenz in Kiehn. - Vermählt: Hr. Geh. Justizrat Dr. u. Bezirksrat mit Frau Anna veru. Wegner geb. Kullrich in Dresden; Hr. Hermann Beier mit Fr. Erna Wänich in Chemnitz; Hr. Prototypist Hans Fröhliche in Berlin mit Fr. Anna Busch in Dresden-Flöthen; Hr. Dr. med. Oskar Erbs in Rameyn mit Fr. Johanna Wierlich in Dresden; Hr. Fritz Köhler mit Fr. Gertha Köhler in Dresden. - Scheiden: Hr. Kaufmann Kurt Dornig (33 J.) aus Dresden, im Hospital zu Sydney; Hr. Oberlehrer i. R. Robert Krumbiegel in Dresden.

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt.

Für den Anzeigenstell verantwortlich: Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Müller in Dresden.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.

